

CorA-Netzwerk, Stresemannstr.72,10963 Berlin

An den Parteivorsitzenden der CDU  
Herrn Friedrich Merz  
und das Verhandlungsteam der CDU  
Konrad-Adenauer -Haus  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin

Absender dieses Schreibens:  
**Heike Drillisch**  
CorA-Netzwerk  
Stresemannstr. 72, 10963 Berlin  
Tel.: 030 – 577 13 28 89  
heike.drillisch@cora-netz.de

28. März 2025

**Koalitionsverhandlungen: Bürokratieabbau, Wirtschaft und Menschenrechte**

Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Dr. Linnemann, sehr geehrte Frau Prien, sehr geehrter Herr Kretschmer, sehr geehrter Herr Frei,

mit großer Bestürzung haben wir die Papiere aus den AGs der Koalitionsverhandlung zur Kenntnis genommen.

Bürokratie stellt keineswegs nur eine Belastung für Unternehmen, Bürger und Bürgerinnen dar, sondern dient in Form notwendiger Regulierung dem Schutz des Rechtsstaats, der Menschen- und Arbeitsrechte, der Umwelt und des Klimas. Statt einer grundsätzlichen Regelung von „One in, two out“ und Bürokratieabbau bei jedem EU-Dossier braucht es daher einen genauen Blick im Einzelfall, wo Bürokratie unnötig ist und wo der Schutzzweck bürokratischen Aufwand rechtfertigt. Gerade bei den in den letzten Jahren beschlossenen Regelungen der EU im Bereich Wirtschaft, Menschenrechte und Klimaschutz ist dies der Fall. Als Netzwerk von über 60 Organisationen bitten wir Sie daher eindringlich, von den Vorschlägen zur Abschaffung dieser Regulierungen – von der Taxonomie über Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkettensorgfaltspflicht bis zu Zwangarbeit und Konfliktmineralien – Abstand zu nehmen. Sie stellen einen wesentlichen Fortschritt für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und ethisches Wirtschaften dar. Nach Jahrzehnten der freiwilligen Unternehmensverantwortung, in denen es nicht gelungen ist, die schlimmsten Formen der Arbeitsausbeutung, Kinder- und Zwangarbeit zu beenden, zeigt das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) bereits zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten Wirkung.

Belastungen der Wirtschaft durch Doppelungen bei Berichtspflichten oder die ungerechtfertigte Weitergabe von Sorgfaltspflichten lassen sich im Rahmen von Lieferkettengesetz (LkSG) und EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) vermeiden, wie ein [Kurzgutachten](#) des Juristen und Unternehmenspraktikers Daniel Schönenfelder zeigt. Allein innerhalb der letzten drei Monate haben sich Hunderte von Unternehmen und Unternehmensvertretern und -vertreterinnen in [öffentlichen Statements](#) gegen die Abschwächung der von der EU beschlossenen Regulierungen gewandt. Ein [völkerrechtliches Gutachten](#) kommt zu dem Schluss, dass die Bundesregierung mit einer Abschaffung des LkSG ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzen würde, sowohl das menschenrechtliche Rückschrittsverbot der Vereinten Nationen als auch das europarechtliche Frustrationsverbot.

Zudem zeichnet sich ab, dass die weitreichenden Vorschläge der EU-Kommission zur Änderung von EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und Taxonomie nur mit den Stimmen der Rechtsaußenfraktionen im Europäischen Parlament durchsetzbar sein werden. Wir appellieren an Sie, dem nicht zuzustimmen und den Kompromiss mit den demokratischen Parteien zu suchen, indem Sie sich für den Erhalt des Schutzniveaus der beschlossenen Regelungen einsetzen.

Weitere wichtige Hebel, einen Ansatz der christlichen Ethik im globalen Wirtschaften zu fördern, sind der Nationale Aktionsplan gegen Zwangsarbeit und eine Aktualisierung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte. Auch das Vergaberecht sollte weiterhin für Nachhaltigkeit genutzt werden. Letzteres als „vergabefremd“ zu bezeichnen, bedeutet einen Rückschritt hinter den seit Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bestehenden internationalen Konsens, dass Regierungen eine besondere Verantwortung für den Menschenrechtsschutz haben, wenn sie am wirtschaftlichen Geschehen beteiligt sind, wie dies u. a. bei der öffentlichen Beschaffung der Fall ist.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Drillisch  
(Koordinatorin CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung)